

Bundestag will Stasi-Überprüfungen bis 2016

Von Martin Lutz

Linke spricht sich als einzige Fraktion gegen eine Verlängerung aus - Streit in der SPD-Fraktion

In der Debatte über die Aufarbeitung von Stasi-Verstrickungen hat sich die Partei Die Linke abermals isoliert. Neben Union und FDP plädierten in einer lebhaften Aktuellen Stunde im Bundestag auch SPD und Grüne dafür, die Regelüberprüfung leitender Mitarbeiter im öffentlichen Dienst auf eine Stasi-Mitarbeit bis mindestens 2016 zu verlängern. Nur die Linksfraktion sprach sich dagegen aus. "Zum Rechtsstaat gehört der Rechtsgedanke der Verjährung", sagte die Linke-Abgeordnete und frühere ARD-Fernsehjournalistin Luc Jochimsen. Sie warf Union und FDP eine "Phantomdebatte" vor: Ihnen würde es in Wirklichkeit um die rot-rote Regierung in Brandenburg und die Linke insgesamt gehen.

Damit erreicht die Debatte über Stasi-belastete Abgeordnete im Potsdamer Landesparlament den Bundestag. In Brandenburg hatte jeder vierte gewählte Abgeordnete der 26-köpfigen Linke-Fraktion eine Stasi-Vergangenheit - das ist bundesweit Rekord. Einzelne Parlamentarier haben ihre Kontakte mit der DDR-Geheimpolizei verheimlicht. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich im Bundestag eine deutliche Mehrheit dafür ab, das Stasi-Unterlagen-Gesetz zu verlängern, welches die Verwendung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit regelt. Das Gesetz war am 20. Dezember 1991 vom Parlament verabschiedet und anschließend mehrfach novelliert worden.

"Die aktuellen Ereignisse in Brandenburg zeigen, dass nach wie vor ein dringender Handlungsbedarf besteht", sagte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Bernhard Kaster im Bundestag. Die brandenburgische Abgeordnete Andrea Astrid Voßhoff (CDU) warf der Linken vor, bei der Aufarbeitung der Stasi-Verstrickungen "komplett versagt" zu haben. Der sächsische Abgeordnete Reiner Deutschmann (FDP) hob hervor, dass ein Schlusstrich nicht infrage komme. Neben einer Fristverlängerung regte er zudem an, Überprüfungen im öffentlichen Dienst auch unterhalb der Leitungsebene zu ermöglichen. Die Vorsitzende des für die BIRTHLER-Behörde zuständigen Kulturausschusses, **Monika Grütters (CDU)**, sagte der WELT: "20 Jahre nach dem Mauerfall besteht die große Gefahr, dass der Verklärung und Banalisierung der DDR-Vergangenheit Vorschub geleistet wird." Sie griff Brandenburgs Regierungschef Matthias Platzeck (SPD) an: "Er hat viel zu wenig getan, um für Transparenz zu sorgen. Dadurch hat er viel Glaubwürdigkeit eingebüßt."

Der Innenexperte der Grünen, Wolfgang Wieland, griff Platzeck ebenfalls an. Dieser mache den Fehler, seine rot-rote Regierung mit der Devise der Versöhnung "zu überhöhen". Zudem sei es falsch, vor der Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit einen Schlusstrich zu ziehen. Wieland warnte davor, die Stasi-Akten ins Bundesarchiv zu überführen. Die BIRTHLER-Behörde müsse besser ausgestattet werden. Es sei nötig, die geschredderten Akten schneller zusammenzusetzen. Die Amtszeit von Behörden-Chefin Marianne BIRTHLER läuft 2011 aus. Eine Expertenkommission soll ein Konzept für den künftigen Umgang mit den Stasi-Akten entwickeln.

Die SPD-Fraktion zeigte sich uneins. Während sich die früheren Minister Wolfgang Tiefensee und Brigitte Zypries sowie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse für eine

Fristverlängerung bei den Durchleuchtungen aussprachen, lehnte dies Innenexperte Dieter Wiefelspütz ab. Doch er gehört offenbar zu einer Minderheit. Thierse warnte jedoch zugleich davor, "anderen ein Kainsmal aufzudrücken". Eine Demokratie gebe auch die Chance, "dass Menschen sich in ihr verändern". Die SPD-Fraktion empfiehlt ihren Mitgliedern jedenfalls, sich überprüfen zu lassen.

Brandenburgs früherer Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD), der in der DDR dienstliche Kontakte zur Stasi hatte, wies Kritik an einer mangelnden Aufarbeitung zurück. Während seiner Regierungszeit sei "nichts vertuscht" worden, sagte er der "Berliner Zeitung". Doch die Kritiker wenden ein, die Landtagsabgeordneten seien 1991 letztmals überprüft worden und Stolpe habe 1995 die Regelanfrage bei der damaligen Gauck-Behörde per Kabinettsbeschluss abgeschafft. Zudem habe sein Land als einziges im Osten auf einen Stasi-Beauftragten verzichtet. Erst jetzt nimmt die ehemalige Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe die Arbeit auf.

Erschienen: Die Welt, 29.01.2010.